

NEWSLETTER FEBRUAR 2026

Liebe Kolleg*innen, liebe Interessierte,
sehr geehrte Damen und Herren,

Transparenz über gesellschaftspolitische Entwicklungen ist ein zentraler Bestandteil einer Demokratie. Menschen müssen gut informiert sein und verstehen, wie ein bestimmtes Problem beschaffen ist, welche Lösungswege es gibt und welchen Aufwand es braucht, um die Lösungen umzusetzen. Sie müssen wissen, ob das Problem am Ende gelöst wurde oder fortbesteht. Sie wollen Politik verstehen und mitgestalten.

Eine Grundvoraussetzung dafür ist der Zugang zu Information: Das ESF Plus-Förderprogramm „WIR – Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt“ des BMAS hat deshalb den **Leitfaden** „[Umsetzung digitaler Barrierefreiheit](#)“ erarbeitet. Digitale Barrierefreiheit heißt: Alle Menschen bewegen sich selbstständig und ohne fremde Hilfe im Internet – unabhängig von Einschränkungen beim Sehen, Hören, in der Motorik oder beim Kognitiven. Klare Strukturen, verständliche Inhalte und eine einfache, intuitive Bedienung verbessern das Nutzenden-Ergebnis für alle.

Auch die EU-Institutionen versorgen uns momentan mit einer Fülle von Dokumenten zum **Planungsstand für die neue Förderperiode 2028+**. Viele grundlegende Vorschläge der EU-Kommission sind in den Mitgliedstaaten umstritten, aber „unsere Querschnittsthemen“ sind zumindest „an Bord“. Und bei aller Kritik an der Ausprägung – der Ansatz der Europäischen Union ist um ein Vielfaches ambitionierter als es auf anderen Kontinenten dieses Planeten je gewesen ist.

Unermüdlich sind ebenfalls die Aktiven aus den NGOs: Sie zeigen uns, welche Giftstoffe in unseren [Lebensmitteln](#) sind, wie Milliardär*innen nicht nur die Demokratie gefährden und die [Armutsbekämpfung](#) ad absurdum führen, sondern auch eine maßlose CO2-Bilanz haben. Sie informieren uns über komplexe Materien wie das [Brüsseler 1x1 für Umweltbewegte](#), oder sie zeigen die Gefahren der Geopolitik der [Anti-Gender-Bewegung](#) und ihrer Verflechtung mit autoritären Regierungen auf.

Im Übrigen lesen Sie in diesem Newsletter wie gewohnt unsere Zusammenstellung von aktuellen Publikationen und Fachveranstaltungen aus Wissenschaft, Forschung und Politik zur Gleichstellung der Geschlechter, Antidiskriminierung und Ökologischen Nachhaltigkeit.

Für Neueinsteiger*innen, denen die Fachstelle noch nicht bekannt ist, empfehlen wir einen Blick auf unsere [Website](#). Dort finden Sie ausführliche Informationen über unsere Grundlagen, unser Konzept sowie über die Querschnittsthemen.

Kommentare, Hinweise und Anregungen zum Newsletter können Sie gerne an kontakt@faqt-esf.de richten.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Ihr Team von der Fachstelle Querschnittsthemen im ESF Plus.

Die Zukunft der Kohäsionspolitik und der ESF

Zwei Linien prägen momentan den Diskurs über die kommende Förderperiode: Die erste Linie bezieht sich auf die grundlegende Kritik, die dem Zuschnitt der künftigen Förderstruktur gilt, allem Voran die Ausrichtung der **Nationalen Regionalen Rahmenpläne (NRPP)** auf nationaler Ebene im Mehrebenensystem der Europäischen Union. Die Klage des Bundesrats vom vergangenen Oktober steht stellvertretend für zahlreiche kritische Stimmen.

Die zweite Linie ist durch eine Vielzahl an Debatten, Kommentaren und Stellungnahmen zu den Entwürfen (v.a. Verordnung) geprägt. Diese Arbeitspapiere sind hilfreich, um die komplexen **Veränderungen der Zielarchitektur** zu verstehen. Die Messen sind zwar noch lange nicht gesungen, aber es ist immer gut zu wissen, welche Lieder es gibt.

Besonders hervorheben möchten wir eine aktuelle Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) zur **Einrichtung des Europäischen Sozialfonds als Teil des Plans für national-regionale Partnerschaften (NRPP)**. Die Ausschussvertreter*innen betonen, wie wichtig es ist, den Grundsatz der **Geschlechtergleichstellung** zu fördern und bei der Verwendung sämtlicher Mittel die Einhaltung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die **Rechte von Menschen mit Behinderungen** und der **Charta der Grundrechte der Europäischen Union** sicherzustellen. Ebenso sollte laut EWSA der geplante Mittelansatz für die **soziale Inklusion** von derzeit 25% auf 30% angehoben werden.

[Stellungnahme EWSA \(engl.\)](#)

Mainstreaming für die „Querschnittsziele“

In einem Briefing der Budget Unterstützungseinheit für das Komitee für Finanzielle Angelegenheiten des Europaparlaments wurde eine gut strukturierte Darstellung des aktuellen Planungsstandes zu den „Querschnittsthemen“ (Horizontal Principles) inklusive einer kritischen Bewertung der Ansätze erstellt. Die Gleichstellung der Geschlechter wird ebenso wie „Soziales“ einem Mainstreaming Ansatz beschrieben. „Klima, Biodiversität und andere umweltbezogene Ziele“ sollen mit einem 35%igen Ansatz des gesamten Budgets ausgewiesen werden.

[Briefing \(engl.\)](#)

EP-Briefing: Was bedeutet das Social Mainstreaming im Vergleich zum Ergebnisorientierten Ansatz

In einem Briefing des Europaparlaments werden mit Verweis auf Grundlegendokumente und vorliegende Arbeitspapiere die beiden Ansätze „Mainstreaming“ und „Ergebnisorientierung“ diskutiert. Interessanterweise ist hier – wie auch bei den Ausführungen zur Gleichstellung der Geschlechter – nicht mehr von einem Doppelansatz (Double Approach) die Rede.

[Briefing EP Social Mainstreaming \(engl.\)](#)

Rote Linien der Freien Wohlfahrtspflege für die Verhandlungen auf EU-Ebene

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege weist bereits im November letzten Jahres in ihrer Stellungnahme zur Zukunft der Kohäsionspolitik 2028-2034 auf vier zentrale Haltlinien, um wichtige förderpolitische Standards im Rahmen der ESF-Förderung aufrecht zu erhalten.

[Stellungnahme](#)



NEUIGKEITEN UND VERÖFFENTLICHUNGEN

Gleichstellung der Geschlechter

Geschlechtergerecht gestalten - Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Im Campus Verlag ist ein Sammelband zur aktuellen Forschung geschlechtsbezogener Arbeitsmarktpolitik erschienen. In einem Interview für das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stellen die Herausgeber*innen des Sammelbands die zentralen Ergebnisse der Beiträge dar.

[Sammelband](#)

[Interview](#)

Arbeits- und Betreuungsarrangements von Familien mit kleinen Kindern

In einem Kurzbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werden die Normvorstellungen zur außerhäuslichen Betreuung von Kindern und zur Erwerbstätigkeit von Müttern untersucht. Denn diese üben neben den Bedingungen am Arbeitsmarkt und den Möglichkeiten der externen Kinderbetreuung einen großen Einfluss auf die Erwerbsaufnahme von Müttern aus.

[IAB-Kurzbericht](#)

Gewaltschutz zur Chefsache machen!

In einer Pressemitteilung zur Veröffentlichung der Dunkelfeldstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag“ (LeSuBiA) fordern Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK), der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) und die Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Einberufung einer nationalen Gewaltschutz-Konferenz. Die Studie zeigt das Ausmaß von Gewalterfahrungen von Frauen, junge Menschen, Personen mit Migrationshintergrund und Menschen der queeren Community.

[Pressemitteilung](#)

[Dunkelfeldstudie](#)

Geschlechtsuntypische Berufsausbildungen im Erwerbsverlauf

In einer Studie der Fachzeitschrift „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis“ (BWP) des Bundesinstituts für Berufliche Bildung (BIBB) geht es um die Herausforderungen, mit denen Auszubildende in einem vom anderen Geschlecht dominierten Beruf konfrontiert werden.

[Studie](#)

Antidiskriminierung

Digitale Barrierefreiheit in ESF Plus-Projekten

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat einen Leitfaden zur Umsetzung digitaler Barrierefreiheit für die Projekte des ESF Plus-Programms „WIR – Netzwerke integrieren Geflüchtete in den regionalen Arbeitsmarkt“ veröffentlicht, der auch für andere Projekte des ESF Plus zu empfehlen ist. Darin werden der gesetzliche und technische Rahmen erläutert und hilfreiche Praxistipps für die Umsetzung gegeben.

[Leitfaden](#)

OECD-Migrationsausblick 2025

Im OECD-Migrationsausblick wird die Rolle von Unternehmen für die Chancen auf gutes Einkommen von Eingewanderten in 15 OECD-Ländern dargestellt. Dabei gehört Deutschland zu den Ländern, in denen sich die Einkommensnachteile der Eingewanderten länger halten als in anderen Ländern. Die Ergebnisse des Berichts mit Bezug auf die Situation in Deutschland wurden auf einer Veranstaltung der OECD am 17.12.25 diskutiert.

[International Migration Outlook \(engl.\)](#)

[Aufzeichnung des Webinars](#)

Antidiskriminierungsgesetze in Europa: ein Vergleich

Das European network of legal experts in gender equality and non-discrimination hat seinen ländervergleichenden Bericht für 2025 veröffentlicht. Trotz Fortschritten in der Mehrzahl der EU-Länder bestehen demnach weiterhin deutliche Unterschiede in Teilbereichen des Diskriminierungsschutzes.

[Bericht \(engl.\)](#)

Teilhabe und Zugehörigkeit in der Einwanderungsgesellschaft

Wie lässt sich angesichts abnehmender Akzeptanz von unterschiedlichen ethnischen Herkunft und Religionen Teilhabe und Zugehörigkeit für möglichst viele Menschen ermöglichen? Dieser Frage geht eine Sonderauswertung zum Vielfaltsbarometer 2025 der Robert Bosch Stiftung nach.

[Sonderauswertung](#)

Institutionen & Rassismus

Das Forschungsinstitut für gesellschaftlichen Zusammenhalt (FGZ) hat im Auftrag des Bundesministeriums des Innern und für Heimat eine Studie zu Rassismus in staatlichen Institutionen veröffentlicht. Die Ergebnisse zeigen, dass rassistische Diskriminierung in allen Institutionentypen in unterschiedlicher Form und Intensität nachweisbar ist und Rassismus kein Einzelfall, sondern ein strukturelles Risiko darstellt.

[Studie](#)

Gesetzlicher Diskriminierungsschutz für Menschen mit Behinderungen

Die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention im Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) hat eine Stellungnahme mit Formulierungsvorschlägen zur Reform des Behinderten-Gleichstellungsrechts veröffentlicht. Zur Umsetzung der UN-BRK sei eine Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) dringend nötig.

[Stellungnahme DIMR](#)

Familiäre Fürsorge über Grenzen hinweg

Die Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) zu transnationalen Familien zeigen, dass Familienkonstellationen mit Angehörigen im Ausland ein fester Bestandteil des Familienlebens in Deutschland sind. Dies trifft insbesondere auf Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu. Die Autor*innen fordern eine Anpassung der Sozial- und Familienpolitik, die bisher vor allem innerstaatliche Familien adressiert.

[Ergebnisse](#)

Ökologische Nachhaltigkeit

State of Finance for Nature 2026 – Eins zu 30 gegen die Natur

Laut einem Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen fließt weltweit deutlich mehr Geld in die Zerstörung der Natur als in den Naturschutz: „Auf jeden US-Dollar, der in den Erhalt von Natur fließt, werden 30 US-Dollar in ihre Zerstörung investiert“. Die Autor*innen fordern dringend eine Kehrtwende.

[Bericht \(engl.\)](#)

Pestizid-Omnibus: Gesetzespaket verstößt gegen EU-Recht

Ein juristisches Gutachten der Umweltstiftung München und anderer Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen kommt zu dem Schluss, dass mit dem „Food and Feed Safety Omnibus“ der EU-Kommission grundlegende rechtliche Schutzpflichten der EU verletzt werden. Der Verein fordert die EU-Kommission, die Abgeordneten im Parlament und die Mitgliedstaaten im Rat auf, den Gesetzesvorschlag zu stoppen.

[Meldung](#)

[Gutachten](#)

Wie wirkt das Lieferkettengesetz?

Germanwatch und Misereor haben Beispiele aus der Praxis des Lieferkettengesetzes veröffentlicht, die dessen Wirksamkeit verdeutlichen, und warnen vor einer Abschwächung des Gesetzes durch das Omnibus-Gesetzespakets der EU-Kommission.

[Sammlung](#)

Wie funktioniert die EU?

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat eine überarbeitete Auflage des „Brüsseler 1×1 für Umweltbewegte“ veröffentlicht. Der Leitfaden bietet einen kompakten Einstieg in Institutionen, Entscheidungswege und Beteiligungsmöglichkeiten der EU-Umweltpolitik.

[Leitfaden](#)

Umweltbewusstsein 2024

Das Umweltbundesamt (UBA) hat einen Bericht mit vertiefenden Analysen zur Umweltbewusstseinsstudie 2024 veröffentlicht. Darin werden unter anderem Unterschiede im Umweltbewusstsein in Abhängigkeit vom Geschlecht und anderer sozialer Merkmale der Befragten deutlich.

[Bericht](#)

Arbeit und Qualifizierung in der sozial ökologischen Transformation

In einer Studie des Umweltbundesamtes (UBA) werden Schlüsselberufe und -branchen untersucht, die besonders von der sozial-ökologischen Transformation betroffen sind oder diese aktiv gestalten. Für einige dieser sogenannten Transformationsberufe wird ein Fachkräftemangel oder Engpass festgestellt oder erwartet, die das Gelingen der Transformation gefährden können. In einem Factsheet werden sogenannte Flaschenhalsberufe analysiert sowie Perspektiven genannt, die zur Sicherung der Fachkräfte für die sozial-ökologische Transformation stärker in den Fokus gerückt werden sollten.

[Studie](#)

[Factsheet](#)

Kooperatives Wirtschaften als Hebel für gerechte Transformation

In einem Fachgespräch des Forschungsinstituts für Nachhaltigkeit (RIFS) am Helmholtz-Zentrum für Geoforschung ging es um das Konzept „Soziale und Solidarische Ökonomie“ (SSE) und die dazugehörigen Begriffe. Was ist unter Kooperativem Wirtschaften, demokratischem Wirtschaften, Commoning oder Gemeinwohlökonomie zu verstehen und welche Rolle spielen diese Konzepte für die sozial-ökologische Transformation?

[Dokumentation](#)

Themenübergreifend

Lücken im Diskriminierungsschutz bei sexueller Belästigung

In einer Rechtsanalyse der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) wird bemängelt, dass durch das AGG vor sexueller Belästigung lediglich im Arbeitsleben geschützt wird, nicht jedoch beim Zugang zu Dienstleistungen und Gütern. Eine Reform des im europäischen Vergleich schwachen Antidiskriminierungsgesetzes sei auch aus diesem Grund dringend notwendig.

[Rechtsanalyse](#)

Mindestlohn

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stellt auf einer Sonderseite Studien zur Wirkung der Höhe des Mindestlohns auf Löhne und Beschäftigung, auf die soziale Teilhabe, die Produktivität von Unternehmen, auf Preise, Wettbewerb, Arbeitsbedingungen und Betriebsstrukturen zur Verfügung.

[Schwerpunkt](#)

Neueingewanderte Frauen als Mitgestalterinnen der Kommune

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung hat die Ergebnisse einer Onlinebefragung von neueingewanderten Frauen in Flensburg, Kempten und Landshut zur Bekanntheit und Nutzung kommunaler Angebote veröffentlicht. Die Autor*innen leiten daraus Handlungsempfehlungen für Kommunen ab, um neueingewanderte Frauen gezielter zu erreichen und sie als aktive Mitgestalterinnen zu gewinnen.

[Ergebnisse](#)

Älterwerden in Deutschland

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) hat Ergebnisse einer Umfrage zur Altenpolitik veröffentlicht. Darin werden zentrale Themen und Handlungsfelder rund um das Älterwerden in Deutschland untersucht.

[Umfrageergebnisse](#)



Fachveranstaltungen

European Employment and Social Rights Forum

Vom 03.-04.03.26 lädt die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration (EMPL) zu einer Konferenz nach Brüssel ein.

[Informationen \(engl.\)](#)

Lohngerechtigkeit in Deutschland?

Anlässlich des Equal Pay Day 2026 laden am 06.03.26 die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Spandau und Pankow in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) zu einer Podiumsdiskussion zum Entgelttransparenzgesetz nach Berlin ein.

[Informationen und Anmeldung](#)

Feminismus braucht Männer – und Männer brauchen Feminismus

Zum Weltfrauentag am 08.03.26 veranstalten die Heinrich-Böll-Stiftung und Bühnenmütter e.V. einen Praxistag in Berlin zur Rolle von Männern bei der Gleichstellung.

[Informationen und Anmeldung](#)

Wie Deutschland Diskriminierung erlebt. Befunde aus der SOEP-Hauptbefragung

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) und das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) laden am 10.03.26 zur Online-Vorstellung einer Studie zum Ausmaß, den Auswirkungen und dem Umgang mit Diskriminierung ein.

[Informationen und Anmeldung](#)

Von der Nische ins Zentrum

Vom 11.–12.03.26 lädt das Umweltbundesamt (UBA) nach Dessau-Roßlau zur Abschlusskonferenz des EU-Projektes „NiCE“ ein. Diskutiert werden Wege, nachhaltige Konsumstrukturen und zirkuläre Lebensstile in Stadtzentren zu stärken.

[Informationen und Anmeldung](#)

Rassisten? Sind immer die Anderen!

Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung bietet am 16.03.26 einen Workshop zur Entstehung von Rassismus, zur sozialwissenschaftlichen Analyse und den gesetzlichen Grundlagen an.

[Informationen und Anmeldung](#)

SustainableSolutionsMatch

Vom 16.-27.03.26 veranstaltet das Enterprise Europe Network der Europäischen Kommission ein Online-Vernetzungstreffen für europäische KMU zum Aufbau einer nachhaltigeren und zirkulären Wirtschaft in Europa.

[Informationen und Anmeldung \(engl.\)](#)

Gender und Migration

Vom 27.-29.04.26 bietet die Evangelische Akademie Loccum in Kooperation mit dem NeMiA-Netzwerk Migrantinnen und Arbeitsmarkt Niedersachsen 2.0 eine Tagung zur Arbeitsmarktintegration und Perspektiven für Frauen mit Migrations- und Fluchtgeschichte an.

[Informationen und Anmeldung](#)

BNE-Fachtagung Rheinland-Pfalz

Am 29.04.26 findet in Kirchheimbolanden die Fachtagung Bildung für nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz statt. Sie wird vom Pädagogischen Landesinstitut Rheinland-Pfalz organisiert.

[Informationen und Anmeldung](#)

Zukunft gestalten im Dialog

Vom 18.-20.05.26 veranstaltet Germanwatch in Münster eine Fachtagung. Thema ist die Rolle von Bildung, Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt auf den gesellschaftlichen Wandel.

[Informationen und Anmeldung](#)



Fachstelle Querschnittsthemen im ESF Plus (FAQT)

Gleichstellung der Geschlechter - Antidiskriminierung - Ökologische Nachhaltigkeit

Berlin - Bremen - Göttingen

www.fagt-esf.de

[Impressum](#)

Für Anregungen, Fragen und Kritik stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Für die Richtigkeit der in diesem Newsletter enthaltenen Angaben können wir trotz sorgfältiger Prüfung keine Gewähr übernehmen.



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Die Europäische Union fördert
zusammen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales
über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus)
Programme und Projekte in Deutschland.



Kofinanziert von der
Europäischen Union

